

mittendrin

Ausgabe 10 / 2012
Information des
Bezirksvorstandes
und der BVV-Fraktion
DIE LINKE Berlin-Mitte

Sparen auf Kosten der älteren Bürger

Die Seniorenbegegnungsstätte Schulstr. 118 im Wedding soll abgerissen werden, um die Kosten einer Asbest-Sanierung zu sparen. Die Sanierung würde 140.000,- Euro kosten. Aber dafür ist kein Geld da.

Der Flachbau in der Nähe des Leopoldplatzes ist früher eine Passierscheinstelle gewesen. Nach dem Umbau hat sich die Seniorenbegegnungsstätte zum erfolgreichsten Haus des Bezirks entwickelt. Etwa 30 Seniorengruppen und insgesamt über 1000 monatliche Teilnehmer nutzen die unterschiedlichsten kulturellen, sportlichen oder geselligen Veranstaltungen. Auch ein PC-Raum ist vorhanden.

Leistungen zählen nicht, nur die Kosten

Die Leistungen des Vereins „Selbsthilfe im Vor-Ruhestand“ und seine über Jahre aufgebaute Integrationsarbeit zählen nicht: Im Oktober sollen laut Sozialstadtrat von Dassel die Bagger kommen! Dabei ist es dem Verein in seiner bisherigen Arbeit geradezu vorbildlich gelungen, die Seniorengruppen aus dem Kiez weiter zu vernetzen. Als besonderer Erfolg wird dabei mit Recht gewertet, dass es gelungen ist, auch viele Frauen mit Migrationshintergrund fest in Veranstaltungen der Begegnungsstätte zu integrieren.

Bisher nur ungenügende Lösungen

Dass der Bezirk bisher nur ungenügende Lösungen als Ersatz für die



Der lebendigste soziale Treffpunkt in Wedding soll weggebaggert werden

Begegnungsstätte angeboten hat, liegt auch daran, dass gerade im Raum Wedding viele öffentliche Gebäude aufgegeben worden sind, um Kosten zu sparen. Die Senioren jedoch wissen nicht, wo sie sich zukünftig treffen können.

Auch in der Schulstraße Widerstand angekündigt

Die Senioren sind nicht bereit, eine

Schließung der Begegnungsstätte ohne akzeptablen Ersatz hinzunehmen. Die Vertretung der Seniorengruppen, der Vorstand des Trägers und die Vorsitzende der Seniorenvertretung Mitte haben bereits eine entsprechende Ankündigung ihres Widerstands an die BVV, den Bezirksbürgermeister, die Stadträte und die Parteien geschrieben.

Rainer Scholz

Basistreffen in Mitte

DIE LINKE – ein Jahr Opposition in Berlin – Erfahrungen und Ergebnisse

Klaus Lederer, Landesvorsitzender

Dienstag, 30. Oktober, 19 Uhr im Rosa-Luxemburg-Saal im Karl-Liebknecht-Haus

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr, Fr. bis 14.30 Uhr

Bericht aus der BVV

Im September tagte die BVV gleich zweimal hintereinander. Das war wenig vergnüglich. Nicht nur wegen der Anstrengung, sich nach einem Arbeitstag noch bis 23 Uhr mit Drucksachen befassen zu müssen, sondern auch wegen des veränderten politischen Klimas in unserer Bezirksverordnetenversammlung. Die Zählgemeinschaft von SPD und CDU, gebildet für die Wahl des Bürgermeisters, übt sich in Koalitionsgebaren. Was auf Landesebene politischer Alltag, war in unserem Bezirk bisher keine Praxis. In vorherigen Legislaturperioden hatte die Zählgemeinschaft Bedeutung für die Bürgermeisterwahl.

Zu Sachfragen der Bezirkspolitik aber gab es immer unterschiedliche Abstimmungsmehrheiten quer durch die politische Farbenlehre. Das machte Abstimmungen interessant und verschaffte Sachargumenten Gewicht. Jetzt bringen SPD und CDU als „Koalition“ ihre Anträge gegen Grüne, Linke und Piraten als „Opposition“ durch bzw. stimmen deren Anträge nieder. Das Ergebnis zu bestimmten Bezirksfragen, insbesondere die Ressorts der SPD- und CDU-Stadträte betreffend, kann also immer schon vorher gesagt werden.

Beispielhaft die Abstimmung zu den neuen Plänen für den Mauerpark. Die Sitzung im August war ja auf Grund des großen Besucheransturms abgebrochen und auf einen späteren Zeitpunkt in einem größeren

Sitzungsraum vertagt worden. Obwohl die Aula der Max-Planck-Schule schnell gefunden war, verweigerte das Bezirksamt zunächst deren Nutzung und jedwede Hilfestellung für die organisatorische Absicherung. Erst nach eindringlicher Intervention des BVV-Vorstehers konnte das „Versprechen“ an die Bürger, die BVV-Beratung in einem größeren Sitzungssaal zu wiederholen, eingelöst werden. Wieder waren viele gekommen und alles verlief friedlich.

SPD und CDU beschlossen mit ihrer Mehrheit einen Antrag, der dem Bezirksamt nachträglich grünes Licht für einen städtebaulichen Vertrag mit der Eigentümerin der Flächen - CA Immo - und damit einer massiveren Bebauung des Nordteils der Mauerparkerweiterungsflächen erteilte. Ihren Protest und ihre Enttäuschung darüber demonstrierten die Bürger in einer für Berlin ungewöhnlichen Form: Sie drohten mit ihren ausgezogenen Schuhen!

Dem Antrag von zwei Verordneten der Linken vom 16. August 2012 auf Akteneinsicht, um die Vorgänge um diesen städtebaulichen Vertrag aufzuklären, hat das Bezirksamt bis heute nicht entsprochen. Der Antrag sei versehentlich im Büro des Bezirksbürgermeisters liegen geblieben, so die späte Erklärung. Natürlich scheiterte auch ein Missbilligungsantrag der Grünen gegen Baustadtrat Carsten Spallek (CDU) an der Mehrheit von CDU und SPD. Ihm sollte für seine Amtsführung im Zusammenhang mit dem Mauerpark eine Missbilligung ausgesprochen werden, weil seine Verhandlungen an der BVV vorbei gegen bestehende Beschlüsse der Bezirksverordneten erfolgt war.

Elke Reuter

Mehr Platz für Bildung!!!

Der Schulausschuss der BVV befasst sich gegenwärtig mit der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung (SEP). Dabei geht es um die Bereitstellung von Schulstandorten und Schulplätzen. Für unseren Bezirk ist das eine ganz besondere Herausforderung, denn der SEP ist Bestandteil des bezirklichen Konzepts zum Schuldenabbau.

Ein Großteil unserer Defizite resultiert aus der Tatsache, dass wir nach gegenwärtigem Finanzierungssystem zuviel Geld pro Schulplatz ausgeben. Nach der Kosten-Leistungs-Rechnung (KLR) handeln die Bezirke wirtschaftlich, die Schulen und Klassen auf möglichst wenigen Quadratmetern mit Schüler/innen zu füllen und dabei pädagogische Gesichtspunkte zurückstellen. Danach hat der Bezirk Mitte in den vergangenen Jahren deutlich über seine Verhältnisse gelebt. Im März 2010 beschloss die BVV einen neuen SEP, in dessen Folge es zu

Schulschließungen und zur Zusammenlegung von Schulen kam.

Natürlich ist es eine ständige Aufgabe, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Schülerzahlentwicklung, Schulplätzen und pädagogischen Erfordernissen herzustellen. Gerade letztere sind in Mitte enorm. Wir haben Kieze, die sozial hoch belastet sind. Viele Schüler/innen brauchen besondere Förderung, auch in sprachlicher Hinsicht. Da ist es oft nötig, kleinere Klassen zu bilden. Das ist erlaubt, wird aber finanziell bestraft. Der Zwang zur Flächenoptimierung zwingt die Bezirke, Schulstandorte aufzugeben, die nach der geltenden Finanzierungspraxis (nicht nach pädagogischen Gesichtspunkten!) unnötig sind. Sie müssen dies auch dann tun, wenn diese Gebäude mittel- bzw. langfristig wieder für schulische Zwecke reaktiviert werden müssen. Der ganze Irrsinn wird deutlich, wenn ein Bezirk dringend Schulgebäude sucht und der Nachbarbezirk zwei Straßen

Ergebnisse der BVV

► **Anfragen u.a.:**

Ist dem Bezirksamt bekannt, dass das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf den Kinderschutz nicht mehr gewährleisten kann, weil die Pläne des SPD-CDU-geführten Senats zum Personalabbau eine Nach- bzw. Neubesetzung von Stellen im Regionalsozialdienst (RSD) nicht zulassen? Wie bewertet das Bezirksamt, dass das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf mehrere Jugendfreizeiteinrichtungen schließt, um das dort tätige Personal in den RSD zu schicken? Wie bewertet das Bezirksamt den mit Mehrheit von SPD und CDU im Abgeordnetenhaus gefassten Beschluss zum Personalabbau und was hat das Bezirksamt getan, um einen solchen Beschluss zu verhindern? Welche Konsequenzen hat der o.g. Beschluss zum Personalabbau für das Bezirksamt Mitte, welche politischen Prioritäten wird das Bezirksamt setzen und was bedeutet das konkret für die Gewährleistung des bezirklichen Kinderschutzes? DIE LINKE (0494/IVI) Wann erhalten die Verordneten der BVV Mitte Thilo Urchs und Sven Diedrich Antwort auf ihren Antrag auf Akteneinsicht vom 16. August 2012 zum Vorgang der Vertragsverhandlungen zwischen Bezirksamt/Land Berlin mit der CA Immo Berlin GmbH über den Mauerparkvertrag? DIE LINKE (0499/IVI)

► **Abgelehnt u.a.:**

Das Bezirksamt wird ersucht, alles in seinen Möglichkeiten Stehende zu tun, dass das Nachfolgeprojekt für den Schülerladen A 13 schnellstmöglich eine Finanzierung erhält und somit das Angebot durchführen kann. Hierzu ist insbesondere unter Einbeziehung der verantwortlichen Senatsverwaltung für Jugend eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Senatsverwaltung für Finanzen zu führen mit dem Ziel, dass letztere die vom Bezirk beantragten Mittel unverzüglich freigibt. DIE LINKE, Grüne (0497/IV)

weiter gerade einen Schulstandort aufgibt. Eine gesamtstädtische Steuerung findet nicht statt. Unberücksichtigt bleibt auch, dass sich der Raumbedarf verändert. Ganztagsbetrieb, Inklusion von Schüler/innen mit Behinderungen, Kleinklassen zum Spracherwerb, Kooperationen und pädagogische Profilbildung benötigen auch Räume! Wir fordern daher eine neue und gerechtere Finanzierung von Schulplätzen, die zuerst die Pädagogik im Blick hat. **Petra Schrader**

Die Rentenpolitik von Schwarz-Gelb: Weder gute Renten noch wirkungsvoll im Kampf gegen Altersarmut

Das Engagement von CDU/CSU und FDP gegen Altersarmut ist eine Farce. An die Stelle der ursprünglich angekündigten Altersarmutskommission trat der so genannte „Regierungsdialo- gende“, bei dem die wesentlichen Ergebnisse bereits von Anfang an fest standen: Zuschuss-Rente, minimale Anpassungen in der Erwerbsminderungsrente und Kombi-Rente.

Seit dem 07. August 2012 liegt ein überarbeiteter Referentenentwurf mit dem Titel „Alterssicherungsstärkungsgesetz“ vor. Mit einer Stärkung der Alterssicherung, mit Lebensstandardsicherung oder mit Armutsbekämpfung, geschweige denn Armutsvermeidung hat das Rentenpaket rein gar nichts zu tun. Denn je größer das Risiko, im Alter arm zu werden, desto weniger greifen seine Instrumente.

Wer von Armutsvermeidung redet, darf von guter Arbeit nicht schweigen: Mit den Hartz-Reformen haben SPD und Grüne der gesetzlichen Rente den Nährboden entzogen. Mit Leiharbeit, Mini-Jobs, miesen Löhnen und Hartz IV kann sich niemand einen guten Lebensstandard aufbauen. Leiharbeit muss verboten, jede Stunde Erwerbsarbeit muss voll sozialversichert und ein flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von mindestens zehn Euro muss eingeführt werden.

Armutsvermeidung muss am Arbeitsmarkt ansetzen.

Aber davon ist in den Rentenpapieren des Bundesarbeitsministeriums nichts zu lesen.

Im Gegenteil: Union und FDP planen, die Mini-Jobs noch attraktiver zu gestalten, indem statt 400 künftig 450 € verdient werden dürfen. Von der schwarz-gelben

Armutsvermeidung wird in erster Linie die Versicherungswirtschaft profitieren. Denn mit der Zuschuss-Rente und der Regelung für Selbständige wird die private Altersvorsorge de facto zur Pflicht. Damit macht sich die Ministerin von der Leyen zur Cheflobbyistin für Allianz und Co.

Lebensleistung anerkennen - das war einst das Ziel der gesetzlichen Rente. Was einmal im Erwerbsleben erreicht worden war, sollte im Alter erhalten bleiben. Wer heute die Alterssicherung stärken will, darf von dem vor zehn Jahren begonnenen Ausstieg aus der Lebensstandardsicherung nicht schweigen. Doch genau das tut Frau von der Leyen. Und auch der SPD-Chef Sigmar Gabriel hält mit seinem Rentenkonzept an den vor zehn Jahren von SPD und Grünen beschlossenen Riester-Reformen fest. Seitdem sinkt das Rentenniveau per Gesetz. Die von Schwarz-Rot durchgedrückte Rente erst ab 67 kürzt die Renten noch weiter.

Dieses Muster, das Rentenniveau zu drücken, setzt Schwarz-Gelb fort: Mit einem jetzt vorliegenden Beitragssatzgesetz wollen sie den Rentenbeitrag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitgeberinnen von derzeit 19,6 zum 01. Januar 2013 auf 19,0 absenken. Das ist der falsche Weg, denn sinkende Beiträge führen zu sinkenden Renten und letztendlich zu steigender Altersarmut.

Doch davon will Frau von der Leyen ebenso wenig wissen wie von der seit mehr als zwanzig Jahren versprochenen, hinausgezögerten und nun auch in dieser Legislaturperiode wieder abgesagten Angleichung der ostdeutschen Renten an das Westniveau.

Ostdeutsche erhalten für die gleiche Lebensleistung noch immer weniger Rente als Westdeutsche. Gegenwärtig bekommen Ostdeutsche nach 45 Jahren Durchschnittsverdienst monatlich 142 Euro weniger Rente als Westdeutsche. CDU/CSU



Die Altersarmut wird in den nächsten Jahren weiter zunehmen

und FDP wollen daran gar nichts ändern. Hier gilt: Versprochen - gebrochen. DIE LINKE fordert, dass die gesetzliche Rente wieder den Lebensstandard sichert. Die Renten in Ostdeutschland müssen endlich auf Westniveau gehoben werden.

**Matthias W. Birkwald, MdB,
Rentenpolitischer Sprecher der
Bundestagsfraktion DIE LINKE.**

Guter Rat für Bürger!

Sozial- und Mieterberatung
der Linksfraktion in der BVV und des
Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE.
mit Rechtsanwalt André Roesener:

- An jedem ersten Mittwoch des Monat von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum

„Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität,
Brunnenstr. 145, 10115 Berlin

- Jeden Mittwoch im Monat: kostenlose Beratung zu **Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwältinnen Karl Schwarz, Michael Groß und Herbert Butter von 17.00 bis 19.00 (keine Anmeldung erforderlich)

LinksTreff, Malplaquetstr. 12,
13347 Berlin, Tel.: 28705751

Die Linke –

Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die Sprechzeiten im Fraktionsbüro finden
Dienstag von 17.00 – 18.00 Uhr und
am 3. Mittwoch von 10.00 – 11.30 Uhr,
im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31,
10178 Berlin, Raum 114 statt.
Telefon. 901824565

Menschen in Mitte

„Ottokar“ hat überlebt! Lebenswerk von Projektleiterin Sigrid Völker

Wer erinnert sich an Ottokar, den lustigen, naseweisen 12jährigen Schüler und seine Streiche der beliebten DDR-Kinderbuchserie mit den kecken Illustrationen von Karl Schrader? Der Autor Ottokar Domma bezweifelte dies schon in der Wendezeit, in der so vieles bis dahin Beliebtes und Geschätztes den Bach hinunter ging.

Aber „Ottokar“ gibt es noch heute - als begehrtes und vielbesuchtes Kinderzentrum in der Schmidstraße 8. „Wir sind in unserem großen Kiez zwischen Heinrich-Heine-Viertel und Karl-Marx-Allee nicht wegzudenken“, weiß Projektleiterin Sigrid Völker. Vor 21 Jahren gehörte die Diplom-Soziologin und Sozialpädagogin zu den Gründern des Vereins Ottokar e.V., dem Träger des Zentrums, dessen Leiterin sie von Anfang an ist. Die ersten Besucher von damals sind heute aktive ehrenamtliche Mitgestalter und Unterstützer.

Treffpunkt für Kinder – und für Eltern

„Unsere ersten Räume waren im Haus am Köllnischen Park“, erinnert sich die 55jährige. „Nach dessen Schließung zogen wir zum Engeldamm 68, dann in den Kindergarten in der Schmidstraße 13 und vor dessen Abriss nun endgültig in unsere heutige Einrichtung.“ Rund 50 Kinder und Jugendliche von sechs bis 16 Jahren kommen täglich zu „Ottokar“, machen hier ihre Hausaufgaben und dann wird gemeinsam ausgelassen gespielt, gebastelt,

Sport getrieben, Theater geprobt, getanzt oder werden in der winzigen Werkstatt Fahrräder repariert. In der Küche bereiten kleine Köche von der Berliner Tafel und KAISER'S gespendete Lebensmittel zu leckeren Speisen.

Bei Problemen in der Schule oder zu Hause holen sich die Kinder und Jugendlichen voller Vertrauen Rat bei Sigrid Völker und ihren zwei Mitarbeitern, aber auch Eltern kommen zunehmend zu Sprechstunden.

„Für viele Mädchen und Jungen, die meisten stammen aus armen Familien mit Migrationshintergrund, viele sind Kinder Alleinerziehender, sind wir ihr zweites Zuhause“, betont die gebürtige Havelbergerin, die 1969 mit ihren Eltern nach Berlin kam. „Am liebsten würden sie auch noch die Samstage und Sonntage hier gemeinsam verbringen.“

Der Höhepunkt in jedem Sommer ist seit vielen Jahren das Ferienlager am ungarischen Balaton, zu dem diesmal sogar sieben Kinder aus besonders notleidenden Familien kostenlos fahren konnten. Der DIE LINKE-Landesverband Thüringen, dessen Vorsitzender Knut Korschewsky, der Lebensgefährte von Sigrid Völker ist, unterstützt die Reisen mit Spenden.

Schließung durch Sparen wäre ein Unglück

„Für die ‚Ottokars‘ wäre es ein Unglück, müssten unser Zentrum schließen“, sagt die Leiterin ganz unmißverständlich. „Und diese Gefahr besteht jetzt, dass sie auf der Straße landen



Foto: M. Herold

Seit 21 Jahren Leiterin des Kinder- und Jugendzentrums

müssten, sollte für 2013 vom Bezirksamt Mitte durch die rigorosen Sparmassnahmen infolge des Doppelhaushaltes die finanzielle Förderung gestrichen werden.“

Sigrid Völker und die Kinder und Jugendlichen ringen gemeinsam für ihre Zukunft. „Sie wachsen bei uns wie Ottokar in den Büchern heran: sehr selbstbewusst, aufgeweckt und fröhlich“, freut sich die Mutter von zwei Kindern und Oma zweier Enkel. „Dieses Milieu, dieses Zentrum müssen wir ihnen unbedingt erhalten!“ Sie sieht es als ihr Lebenswerk. **Matthias Herold**

Kurznachrichten

Schöffen gesucht

Für die Amtszeit 2014 bis 2018 werden in Berlin Schöffen und Jugendschöffen gesucht. Bewerber müssen am 1.1.2014 zwischen 25 und 69 Jahre alt sein, in Berlin wohnen und deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Persönliche oder schriftliche Bewerbungen sollen bis zum 31.12.2012 an das zuständige Bezirksamt gerichtet werden. Sie können auch über www.berlin.de/schoeffen eingereicht werden.

Deutsches Bildungsniveau – Note mangelhaft

Eine Analyse der OECD, der die wichtigsten Industriestaaten angehören, befasste sich mit dem Bildungsniveau dieser Staatengruppe. Daraus ergibt sich u.a., dass

12 Prozent der Bürger ein geringeres, hingegen 37 Prozent ein höheres Bildungsniveau als ihre Eltern erreichen. Die Bundesrepublik machte bei dieser Prüfung eine schlechte Figur. Nur 20 Prozent erreichen ein höheres Bildungsniveau als ihre Eltern, 22 Prozent bleiben darunter. Ein weiterer hässlicher Untauglichkeitsnachweis für das immer noch ängstlich gehütete dreiklassige Schulsystem, das Lernende von Anfang an streng sozial aussortiert.

Die beliebtesten Ausbildungsberufe

Fünf Berufe bilden seit sieben Jahren die Spitzengruppe aller Ausbildungsverträge. Das sind in der Rangfolge:

- 1 – Einzelhandelskaufmann / -kauffrau,
- 2 – Verkäufer,
- 3 – Bürokaufmann / -frau,
- 4 – Kfz-Mechatroniker,

5 – Industriekaufmann / -kauffrau.

In diesem Jahr wurden gut 20 Prozent aller Ausbildungsverträge in diesen Berufsfeldern abgeschlossen.

Furcht vor Altersarmut

Wie sehen heute Berufstätige ihre Zukunft als Rentner? Danach befragte Infratest dimap eine repräsentative Auswahl. Am stärksten bedrückt diese Furcht verständlicherweise Menschen mit geringerem Einkommen. Aber auch heute gut Verdienende sehen mit Sorgen in die Zukunft. Der Prozentsatz der Besorgten nach Einkommensgruppen:

| | |
|--------------------------------|------------|
| unter 1500.- Euro | 58 Prozent |
| von 1500.- bis unter 3000 Euro | 40 Prozent |
| von 3000.- und mehr | 15 Prozent |

Gebäude in Berlin

Unser K-L-Haus

Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts entstanden zahlreiche Fabrik- und Bürogebäude – nicht nur in der Berliner Mitte, sondern auch in den Randgebieten. Typisch für diese Periode waren auch die Hinterhöfe, die Mietkasernen, in denen die Masse der Bevölkerung dahinvegetierte.

Der Bauboom ging auch an der damaligen Berliner Mitte nicht vorbei. So entstanden in der Spandauer Vorstadt zahlreiche kleine Manufakturen und Bürogebäude. Die meisten der Gebäude orientierten sich an der Berliner Traufhöhe, d.h. 4-5 geschossig. So wurde vor rund 100 Jahren der Grundstein für ein viergeschossiges Bürogebäude in der Alexanderstraße 28 gelegt.

Das Bürogebäude wurde im II. Weltkrieg teilweise zerstört. 1949 erfolgte der Wiederaufbau, wobei eine Etage aufgestockt wurde.

Bereits im November 1926 erwarb die KPD das Geschäftshaus am damaligen Bülowplatz, dem heutigen Rosa-Luxemburg-Platz. Es beherbergte unter anderem die Zentralkomitees der KPD und des KJVD, KPD-Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark, Redaktion der „Roten Fahne“, den Rotfrontkämpferbund und eine Druckerei. In der dritten Etage befand sich das Arbeitszimmer Ernst Thälmanns, woran heute eine Gedenktafel neben dem Eingang erinnert.



Das Karl-Liebknecht-Haus – Sitz des Parteivorstandes, des Landesvorstandes Berlin und des Bezirksvorstandes Berlin-Mitte der Partei DIE LINKE.

Im Februar 1933 schlossen die Faschisten das Haus; nur wenige Tage darauf missbrauchte die Politische Polizei und dann die Gestapo das Gebäude als „Vernehmungs-“ und Folterstätte.

Im November 1948 wurde das Haus der SED übereignet, die es zunächst als Gästehaus und später für das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED nutzte. Seit Ende 1989 wird das Karl-Liebknecht-Haus von der PDS bzw.

der Partei DIE LINKE genutzt. Hier haben heute der Bundesvorstand und der Landesvorstand Berlin ihren Sitz, hier befinden sich „Der kleine Buchladen“, der Karl Dietz Verlag, die der Linkspartei nahe stehende Jugendorganisation „Solid“ sowie ein kleines Konferenzzentrum.

Glückwunsch zum Hundertsten!

Denis Ruh

Bei anderen gelesen

Planschen in Mitte ab 2013 gerettet

Im nächsten Jahr sprudelt es wieder in den Planschen Nordbahnhof, Weydemeyerstraße, Singerstraße, Weinbergspark und Goethepark. Die Plakatfirma Ströer übernimmt die Wasser- und Wartungskosten.

„Berliner Woche“, 19.09.2012

300 neue Wohnungen am Alex

Das Parkhaus an der Keibelstraße am Alexanderplatz wird 2013 abgerissen. Dafür sollen an dem Standort neue Wohn- und Geschäftshäuser entstehen. Die Wohnanlage soll bis 2015 fertiggestellt werden. Die Wohngebäude werden 30 m hoch. Die Erdgeschosse sollen öffentlich genutzt werden (Kindertagesstätte, Arztpraxen, Supermarkt).

„Berliner Zeitung“, 20.09.2012

Fünf Jahre Shoppingcenter Alexa

Das Einkaufs- und Freizeitzentrum Alexa an der Grunerstraße ist mit jährlich 15 Millionen Besuchern ein Publikumsmagnet und hat den Alexanderplatz sichtlich belebt. Die meisten Kunden kommen aus den Ostbezirken und dem Umland.

„Berliner Woche“, 19.09.2012

Variététheater aus den 20er Jahren in Berlin-Mitte entdeckt

Das über Jahrzehnte vergessene Variététheater im Hinterhof der Gartenstraße 6 – 1905 erbaut – ist wieder entdeckt worden. Heute sind in dem unter Denkmalschutz stehenden Gebäudeensemble zahlreiche Wohnungen. Das dreistöckige Gebäude mit dem früheren Variététheater imponiert mit einem alten Saal, einer Theaterbühne, Wandmalereien und meterhohen Räumen.

„MOZ“, 20.09.2012

Berlin, deine Straßen des Anstoßes

„Während man engagierte Pazifisten auf dem Berliner Stadtplan in Detektivarbeit suchen muss, macht es keine Mühe, etwa 250 Straßennamen zu finden, die militärischen Ursprungs sind“, sagt Jürgen Kawelat von der Berliner Geschichtswerkstatt, zum Beispiel in Steglitz, Schöneberg, Lichtenrade und Spandau. In Ostberlin wurden alle Sedanstraßen umbenannt.

Richtig kriegerisch wird es im sogenannten Fliegerviertel in Tempelhof mit den Namen großer Fliegerasse aus dem ersten Weltkrieg. Im afrikanischen Viertel im Wedding werden bis heute die sogenannten Kolonialpioniere für ihre Beteiligung an der gewaltsamen Ausbreitung des deutschen Kolonialreiches geehrt, u.a. Adolf Lüderitz, Gustav Nachtigal oder Carl Peters.

„Berliner Kurier“, 21.09.2012

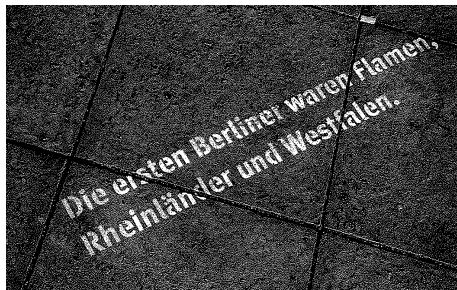
Mittes historische "Fußnoten"

Die liegen uns in diesen Tagen wirklich vor den Füßen - Erinnerungen an Orte und Daten aus der 775-jährigen Geschichte Berlins sind aufs Pflaster geschrieben, zu finden auf Schritt und Tritt dort, wo einst Cölln und Berlin lagen, die an den beiden Ufern der Spree schließlich zu einer Stadt wurden.

Ein Bummel ist unterhaltsam und wissenswert. Was ist da alles zu erfahren! Die ersten Berliner waren Flamen, Rheinländer und Westfalen, lese ich. Also zu 100 Prozent Migranten, so die Fußnote. Heute hingegen haben 27 Prozent der Berliner einen Migrationshintergrund. Moment mal! Gälten heute Rheinländer und Westfalen, und natürlich Schwaben, Sachsen und Bayern wie damals als Migranten, dann hätten heute wohl eher 70 oder 80 Prozent der Berliner eine Migrantenerkunft.

Auf dem Pflaster vor dem Roten Rathaus lese ich, dass die Namen einiger

Ratsherren über Jahrzehnte hin immer wieder als Ratsherren auftauchen. Weil nämlich die Ratsherren selbst die neuen Mitglieder bestimmten, sagt der Text. Wieso klicken da bei mir Namen wie



Wissenswertes auf den Straßen Berlins

Gutenberg und Lamsdorff? Eine Fußnote erinnert an eine Berliner Verordnung. Danach durften zur Hochzeitsfeier nicht mehr als 80 Gäste geladen werden. Der weise Rat wollte verhindern, dass sich die Bürger über ihre Kräfte verschulden.

Einige Fußnoten haben schon vor dem 775-Jährigen auf Straßen in Mitte Platz gefunden. Auf dem Rosa-Luxemburg-Platz sind einige Dutzend metallene Textzeilen zu lesen, die Rosa Luxemburgs Gedanken wachhalten - ernste Mahnungen vor Militarismus und Krieg. Mahnungen, die blutig erstickt wurden. Und auch deshalb finden sich vor vielen Häusern jene kleinen blanken Messingplättchen, „Stolpersteine“ mit den Namen von Berlinerinnen und Berlinern, die in Auschwitz, Theresienstadt oder Treblinka ermordet worden sind.

Die gemalten Fußnoten über Berlins alte Geschichte werden in wenigen Wochen von Millionen Schritten, von Regen und Schnee weggewaschen und vergessen sein. Das ist ein bisschen schade. Aber ich bin froh, dass es dann immer noch die anderen geben wird, die dauerhaften aus Metall, die mit den Luxemburg-Sätzen und die vielen mit den Namen ...

Heinz Grote

Irene Runge's Stadtpaziergang

Gemeinsinn folgt öffentlicher Not

Der Nachbar hebt eine vor der Haustür breitgetretene Pappschachtel auf und bringt sie zum Container auf den Hof. Die an den dünnen Masten befestigten winzigen öffentlichen Abfalleimer in Orange sind fern. Es ist Sonntag, da quellen sie ohnedies über. Wegen innerstädtischem Mülleimermangel liegt der Wohlstandsmüll, der Dreck von Passanten, Anwohnern und Hunden, auf Berlins Straßen und Plätzen. So repräsentiert sich eine schlampige öffentliche Lebensart, die leider kein Politikum ist. Der Nachbar hat ans Bezirksamt geschrieben und dankt denen, die trotz mieser Entlohnung gelegentlich das Grün am Koppenplatz pflegen. Er hat einen Straßenbaum adoptiert, der nun bei Hitze keinen Wassermangel leidet. Gegen die Schmierereien und die nächtliche Zerstörungswut Vorbeiziehender ist auch er hilflos. In London, sagt die Frau von gegenüber, habe die Stadt viele große Mülleimer mit dunklen Plastiksäcken ausgestattet und auf ebener Erde aufgestellt. Berlin jammert lieber über die vorhersehbaren Abfallberge. In der Torstraße sehe ich einen Mann vor seiner Ladentür wütend fremden Bauschutt wegfegen. In der Brunnenstraße kratzt ein Imbiss-Besitzer festgetretene Kippen aus den Steinritzen. Ihn beobachteten die Raucher

von der benachbarten Schaufensterbrüstung. Dann zertreten sie ihre Zigarettenreste und gehen. Nicht nur am Hackeschen Markt



Schandfleck in der Innenstadt

stinkt der Dreck zum Himmel. Schnell weg, denke ich, wenn sich junge Bettler gruppieren, wenn Obdachlose und Musikanten

neben Restaurants Gehwege okkupieren. Deshalb, sagt eine Anwohnerin, müssen wir die Haustür fest verschließen. Steht eine Tür offen, schlüpfe auch ich hinein. Auf Mittes Höfen gibt es paradiesische Gärten mit Liebe fürs gestalterische Detail. Hier wird geputzt, grünt und blüht es, sprudeln Wasserspiele, bergige Kurzwege sind zu sehen, Trampoline, Wippen, Sandkästen, Tische und Bänke. Die Müllcontainer verschwinden in Holzhäusern, unter den dichten Bäumen oder rankenden Büschen. Nur das öffentliche Eigentum Straße verpflichtet niemanden zu nichts. Folgt der Gemeinsinn der Tradition?

Diplomaten und Mitarbeiter der britischen Botschaft waren sich gerade nicht zu fein für ihren Subbotnik im Tiergarten. Lenins propagandistischen Aufruf aus dem Jahr 1919 in „Die große Initiative“ werden sie nicht kennen, aber sie wissen um den Wert des unbezahlten samstäglichen Arbeitseinsatzes für das Wohl der Gemeinschaft. Fast vergessen sind das Wort Subbotnik, der Heldenmut damaliger Arbeiter und die volkswirtschaftliche Masseninitiative VMI aus DDR-Zeiten. Es ist eine neue öffentliche Not, die Großbritanniens Repräsentanten, meinen zugezogenen Nachbarn und die fegenden Männer zu öffentlichem Nutzen aktiviert hat.

Eine starke und kompetente Opposition

Klausur der Abgeordnetenhausfraktion der Linken

In der selbsternannten Infrastruktur-Koalition herrscht schlechte Stimmung.

Die Eröffnung des Flughafens wurde auf Oktober 2013 verschoben, eine weitere Verschiebung der Eröffnung übersteht auch Klaus Wowereit nicht. Der Finanzsenator findet mal eben 440 Mio. Euro, die der Flughafen aktuell für das Land Berlin mehr kosten soll. Die CDU schweigt in der Regel, tauscht ihre Senatoren aus und nimmt es mit dem Aufklärungswillen gegen den Rechtsextremismus nicht so ernst.

Die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus ging hingegen Mitte September in Klausur und diskutierte 3 Tage leidenschaftlich und kompetent.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen, wir haben unsere neue Rolle nicht nur angenommen, wir füllen sie gut aus.

Nach einer konstruktiven Generaldebatte stiegen wir in die Debatte zur Neuausrichtung der Wohnungspolitik ein. Das heißt, wir besprachen unseren Plan einer sozialen Wohnraumförderung, des Sondervermögens Wohnen und der Möglichkeiten der Mietpreisdämpfung durch Maßnahmen auf der Landesebene.

Ein weiteres Schwerpunktthema der Klausur war die Kinder-, Jugend- und Bildungspolitik. Hier können wir auf beacht-

liche Erfolge der 21 Gemeinschaftsschulen verweisen. Die wissenschaftliche Evaluation aller Gemeinschaftsschulen zeigt, dass hier alle Kinder gemeinsam besser lernen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Ein Projekt, das nur die Linke auf den Weg bringen konnte.

Die Rekommunalisierung der Energienetze, die Gründe, die Rahmenbedingungen und die Finanzierbarkeit beschäftigt uns intensiv und siehe da, die Stadt könnte es sich leisten, wenn es mit weitreichender Steuerung verbunden würde.

Zum Abschluss verständigten wir uns zum Thema Wasser unter der Überschrift-

Daseinsvorsorge für alle, demokratisch kontrolliert.

Rekommunalisierung verbunden mit einer Privatisierungsbremse durch Volksentscheid, d.h. es soll keinen Privatisierungsvertrag ohne Volksabstimmung geben und diese Transparenzverpflichtung soll in die Verfassung von Berlin aufgenommen werden.

Eine gute Klausur und mit den Ergebnissen und den Aufträgen können wir selbstbewusst weiterarbeiten und uns auf das Jahr der nächsten Bundestagswahlen vorbereiten und präsentieren.

Carola Bluhm

Politische Bildung

13.10.2012, 10 Uhr, KIZ

Karl-Liebknecht-Haus

Der 1. Weltkrieg und die Spaltung der Sozialdemokratie

Referentin: Dr. Marga Beyer

13.10.2012, 10 Uhr, Haus der Demokratie und Menschenrechte

Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

Die Zweite Generation

Kinder von antifaschistischen

Widerstandskämpfern und Emigranten

Mit Hans Coppi, Heinz Sünker, Armin Nolzen, Dieter Nelles, Christa Bröcher, Klara Tuchscherer, Irene Fick, Merylin Moos, Irene Runge, Wolfgang Herzberg, Inge Münz-Koenen, Irene Diekmann, Mehr Informationen und Anmeldung unter <http://www.helle-panke.de/topic/3.html?id=1142>

27.10.2012, 10 Uhr, KIZ

Karl-Liebknecht-Haus

Die Novemberrevolution und die Gründung der KPD

Referent: Dr. Stefan Weber

29.10.2012, 18 Uhr, Rosa-Luxemburg-Saal, Karl-Liebknecht-Haus

„Der Rest, der bleibt“ – Erinnerungen

an ein unvollkommenes Leben

Lesung und Gespräch mit Annekathrin Bürger und Gesine Löttsch
Anmeldung unter 24009548 erforderlich.

Wie Geheimdienste sich selbst abschaffen wollen

Berlin, 11. September 2012, es ist fast 12 Uhr und gemeinsam treten die Abgeordneten des NSU-Untersuchungsausschusses vor die Kamera. Von CDU bis Linkspartei stehen sie vereint da, in ihrer Wut und ihrem Unverständnis über das Verhalten der Geheimdienste in Deutschland. Gerade erst kam durch eine kleine Anfrage des Grünen-Abgeordneten Christian Ströbele heraus, dass der MAD (Militärischer Abschirmdienst) eine Akte zu Uwe Mundlos, einem der drei Mitglieder der NSU, zurückgehalten hatte. Es gibt Belege dafür, dass mehrere Landesverfassungsschutzämter und das Innenministerium schon seit März von dieser Akte wussten. Trotz mehrfacher Nachfrage des Ausschusses ist die Akte bis zur Anfrage nicht erwähnt oder herausgegeben worden.

Es ist bezeichnend, dass dies wohl der erste Ausschuss im Bundestag ist, in dem es

zwischen allen fünf Parteien im Bundestag keine Auseinandersetzungen in der Sache selber gibt. Das Versagen und die Unfähigkeit der Geheimdienste gegenüber dem NSU, der Versuch, Dinge zu vertuschen und die Arbeit



der Abgeordneten im Ausschuss zu behindern, wurde von allen gleich aufgenommen. Eine Missachtung des Bundestages, wie Christian Edathy (SPD) es formulierte, sei es, was sich das Innenministerium und die Verfassungsschutzämter da leisten. Akten werden gar nicht oder nur verspätet herausgegeben und fadenscheinige Erinnerungslücken

herangezogen, wenn man Fragen nicht beantworten wollte.

Die Arbeit des Ausschusses wird von den Geheimdiensten in Deutschland soweit erschwert wie nur möglich. Nur die unermüdlige Arbeit der Abgeordneten sorgt überhaupt dafür, dass Ergebnisse vorzuweisen sind. Dabei können Ausschusssitzungen schon mal über 15 Stunden dauern.

Die Verfassungsschutzämter haben es nicht geschafft, eine Nazimordserie in Deutschland aufzuklären, geschweige denn zu verhindern. Sie haben der Polizei Informationen bei ihren Ermittlungen vorenthalten und versuchen jetzt, ihr Versagen zu vertuschen und die Ermittlungen zu verschleppen. Seien es Aktenschredderungen, „Vergessen“ oder einfache Arbeitsverweigerung: die Inlandsgeheimdienste liefern durch ihr verantwortungsloses Handeln die beste Begründung dafür, warum sie abgeschafft gehören.

Andreas Böttger

Das ist das Letzte

Die Supermärkte breiten Lebkuchen aus, obwohl Weihnachten noch fern ist. Die Bundestagswahl steigt erst mit der nächsten Lebkuchenrunde 2013. Aber alle Parteien rühren ihre Wahlprogramme an. Die Linke, so heißt es, ist für rot-grün-rot. Das stößt vorerst auf wenig Gegenliebe bei rot-grün. Frau Merkel sitzt als „stärkste Frau der Welt“ fest im Sattel. Obwohl die Frauen hier 20 Prozent weniger verdienen als die Männer. Obwohl über eine Million Kinder in Armut leben. Obwohl die Mütter um einen Kitaplatz betteln müssen.

Die CDU gelobt ihrer Kanzlerin ewige Treue. Die FDP hat da kaum mitzureden, falls die CDU nicht mit Leihstimmen nachhilft. Die SPD bietet sich zum Beischlaf in einer großen Koalition an. Gabriel will die Linkspartei links überholen. Steinbrück erinnert die Bosse, wie lohnend die Agenda 2010 für die Löhne war. Und Steinmeier hat lange genug unter der Merkel gedient, um ihr hörig zu sein.

Was dann folgt, wäre kein Wechsel der Politik, nur der Politiker. Und der unerträgliche Widerspruch zwischen Kapital- und Volksinteressen würde weiter wachsen. Das muss aber nicht sein, wenn rot-grün-rot einen gemeinsamen Pfefferkuchen anrühren. Die Zutaten sind sehr ähnlich. Beim Mindestlohn geht es nur noch um die Menge zwischen 7,50 und 10 Euro. Bei der Mindestrente liegt die Differenz zwischen 800 und 1000 Euro. Bei der Anhebung der Spitzensteuer stünden die 53% von Kohl oder die 75 % des französischen Präsidenten zur Wahl. Beim Rüstungsexport beschwören alle drei den Frieden. Doch die einen heucheln Sorge um die Arbeitsplätze. Die anderen kriegen Fischers Marschstiefel nicht von den Füßen.

Nur DIE LINKE sagt:

„Ohne uns!“, weil man Feuer nicht mit Öl löschen kann. Im Wahlkampf will das kaum einer hören. Da fragen die Wähler:
Wer lindert unsere Nöte?
Da braucht jeder Kiez seinen eigenen Lebkuchen.
Rührt Euch, Genossen!

Arthur Paul

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte der Partei DIE LINKE
Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin, Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337
E-Mail-Adresse: info@die-linke-berlin-mitte.de
Internet: www.die-linke-berlin-mitte.de
V.i.S.d.P.: Thilo Urchs
Satz + Druck: R. Metzler/Druckerei Bunter Hund, Berlin
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.
Redaktionsschluss: 24.09.2012
Ausgabetermin für Nr. 11/2012 – 01.11.2012

Das jahrelange Engagement hat sich gelohnt.



„Rosa-Luxemburg-Steg“ – das langjährige Engagement hat sich gelohnt

Am 25. September wurde nach 26 jährigem Kampf durch die Berliner Geschichtswerkstatt die Fußgängerbrücke über den Landwehrkanal in „Rosa-Luxemburg-Steg“ umbenannt. Seit 2002 liegt ein entsprechender Beschluss

der BVV-Mitte zur Umbenennung vor. Der Sinneswandel der zuständigen Senatsverwaltung erfolgte erst jetzt. Der Steg erinnert an den Ort, an dem die feigen Mörder den Körper Rosa Luxemburgs in den Landwehrkanal warfen.

Linke Kinonacht 2012

Am 21. September fand die diesjährige Linke Kinonacht im Babylon am Rosa-Luxemburg-Platz statt. Mit einer Mischung aus Diskussionsrunden, Buchlesungen, Live-Musik und natürlich Filmvorführungen fanden hunderte, zu meist junge Besucher gute Unterhaltung. Herausragend die Podiumsdiskussion mit Gregor Gysi und der Auftritt der „Refugees“, die das Publikum mit Klängen aus aller Welt begeisterten. Vielen Dank an alle Organisatoren und natürlich an alle Besucher. – Und nicht vergessen, im nächsten Jahr findet die 10. Linke Kinonacht statt.

Andreas Böttger



Wir gratulieren im Oktober zum Geburtstag!

- | | |
|---------|----------------------------------------------------------------------------------------|
| zum 93. | Gerda Gadow |
| zum 87. | Anneliese Dohnert |
| zum 86. | Karl-Heinz Elsen, Hannelore Schiller |
| zum 85. | Erika Jahnke, Peter Knoll, Eberhard Mannschatz, Irene Schwabe Ruth Schütze |
| zum 84. | Willi Reck |
| zum 82. | Horst Pargmann |
| zum 80. | Edith Schade, Maria Seifert |
| zum 75. | Almuth Kilian, Helga Kreller, Edith Scheuzow |
| zum 70. | Marguerite Blume-Cardenas, Ilse Klein-Ortega, Rainer Quapil, Regina Woesner |



DIE LINKE. Berlin-Mitte im Internet !

► www.dielinke-berlin-mitte.de
Aktuelle Informationen des Bezirksverbandes DIE LINKE in Berlin-Mitte sowie die »mittendrin« zum Herunterladen.

DIE LINKE. BVV-Fraktion Berlin-Mitte im Internet !

► www.linksfraktion-berlin-mitte.de
► Bezirksverband Mitte – Facebook
Die Aktivitäten der Fraktion DIE LINKE in der BVV Mitte – immer auf dem neusten Stand.